



**N I E D E R S C H R I F T**

**zum öffentlichen Teil**

**der 6. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (JHA/006/2010)**

**am Donnerstag, 22.04.2010,**

**18:00 Uhr**

**im Neuen Rathaus, Festsaal,  
Rathausplatz 1, 01067 Dresden**

**Beginn der Sitzung:**

18:00 Uhr

**Ende der Sitzung:**

21:40 Uhr

**Anwesend:**

**CDU-Fraktion**

Lars Röher  
Patrick Schreiber  
Anke Wagner

**Fraktion DIE LINKE.**

Tilo Kießling

**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Jens Hoffsommer

**SPD-Fraktion**

Ines Vogel

**FDP-Fraktion**

André Schindler

**BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion**

Franz-Josef Fischer

**stimmberechtigte Mitglieder**

Anett Dahl  
Thomas Engel  
Melanie Hörenz  
Dr. Dirk Jordan  
Christoph Stolte

**beratende Mitglieder**

Dirk Bachmann  
Wolfgang Bec  
Markus Degenkolb  
Kristin Hornschild

Claus Lippmann  
Martin Seidel  
Thomas Wünsche  
Georg Zimmermann

**Stellvertretende Mitglieder**

Sabine Grohmann  
Markus Steindecker

Vertretung für Frau Sabine Bibas  
Vertretung für Herrn Thomas Pallutt

**Abwesend:**

**Vorsitzende**

Helma Orosz

**stimmberechtigte Mitglieder**

Thomas Pallutt

**beratende Mitglieder**

Sabine Bibas  
Christina Koch  
Valentina Marcenaro  
Jens Raubach  
Kristina Winkler  
Roland Wirlitsch

**Verwaltung:**

Frau Jagdschian  
Frau Hipke  
Herr Schöne  
Gloria Schönitz  
Frau Haase  
Frau Franzke  
Frau Glöckner

Abteilungsleiterin Stadtratsangelegenheiten  
Jugendamt  
Jugendamt / Jugendinfoservice  
Jugendamt  
Geschäftsbereich Soziales  
Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen  
Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen

**Gäste:**

Melanie Oesterreich  
Saskia Berndt  
Elisa Ebert  
Philipp Scholz  
Kay Mlasowsky

Roter Baum e. V.

Sportjugend Dresden  
Stamm Goldener Reiter BdP e. V.

**Schriftführerin:**

Sindy Gebhardt

# TAGESORDNUNG

## Öffentlich

- |   |                                                                                           |                                  |
|---|-------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------|
| 1 | Fachthemen für den Unterausschuss Jugendhilfeplanung im Jahr 2010                         | <b>V0443/10<br/>beschließend</b> |
| 2 | Fachthemen für den Unterausschuss Kindertagesbetreuung im Jahr 2010                       | <b>V0440/10<br/>beschließend</b> |
| 3 | Regelmäßige Anpassung des jugendhilflichen Förderetats an unabweisbare Kostensteigerungen | <b>A0083/09<br/>beratend</b>     |
| 4 | Dresdens Jugendhilfelandchaft erhalten                                                    | <b>A0139/10<br/>beschließend</b> |
| 5 | Aufgabenabgrenzung Unterausschüsse                                                        | <b>A0140/10<br/>beschließend</b> |
| 6 | Berichte aus den Unterausschüssen                                                         |                                  |
| 7 | Informationen                                                                             |                                  |

## Nicht öffentlich

- |   |               |  |
|---|---------------|--|
| 8 | Informationen |  |
|---|---------------|--|

## Öffentlich

- |   |                                                                   |                              |
|---|-------------------------------------------------------------------|------------------------------|
| 9 | Maßnahmen zur Haushaltsstabilisierung für die Jahre 2010 bis 2013 | <b>V0480/10<br/>beratend</b> |
|---|-------------------------------------------------------------------|------------------------------|

## öffentlich

Herr **Stadtrat Hoffsommer** eröffnet die Sitzung des Jugendhilfeausschusses. Er begrüßt die Mitglieder, die Vertreter der Verwaltung sowie die Gäste.

Beschlussfähigkeit ist hergestellt. Zur Sitzung wurde frist- und formgemäß eingeladen.

Herr Stadtrat Hoffsommer weist auf den Nachtrag zur V0480/10 „Maßnahmen zur Haushaltsstabilisierung für die Jahre 2010 bis 2013“ hin und schlägt vor, dass dieser zum Anfang der Tagesordnung diskutiert werde. Herr Schmidt aus dem Geschäftsbereich Finanzen und Liegenschaften stehe für Fragen diesbezüglich zur Verfügung.

Herr **Stadtrat Kießling** bemerkt, dass die Tagesordnung immer mit der Protokollkontrolle laut § 2 Abs. 5 GO Jugendhilfeausschuss beginne und wünscht, dass dies auch in Zukunft so gehandhabt werde, denn auf der heutigen Tagesordnung sei die Protokollkontrolle nicht vorhanden.

*Nach Überprüfung des Verfahrens stellte sich heraus, dass auf der Tagesordnung des Jugendhilfeausschusses vom 25.03.2010 sowohl die Kontrolle der Niederschrift vom 04.02.2010 als auch vom 04.03.2010 Gegenstand war. Daher fehlte die Protokollkontrolle auf der Tagesordnung vom 22.04.2010.*

Weitere Anmerkungen gibt es nicht. Die so geänderte Tagesordnung wird bestätigt (14/0/0) und Herr **Stadtrat Hoffsommer** fährt mit Tagesordnungspunkt 1 fort.

### **1 Fachthemen für den Unterausschuss Jugendhilfeplanung im V0443/10 Jahr 2010 beschließend**

Herr **Stolte** stellt die Fachthemen für den Unterausschuss Jugendhilfeplanung vor und erklärt, dass vier Themen besondere Priorität haben.

*Herr Engel stellt den Antrag zur Aufnahme von zwei weiteren Themen – Kooperation und Vernetzung Psychiatrie und Jugendhilfe sowie Modellprojekt Pro Kind.*

**Dem Antrag wird mit 11 / 0 / 3 Stimmen gefolgt.**

*Da die Unterausschüsse nicht öffentlich beraten, beantragt Herr **Stadtrat Kießling**, dass der Beschlussvorschlag sowohl für die Fachthemen des Unterausschusses Jugendhilfeplanung als auch des Unterausschusses Kindertagesbetreuung wie folgt ergänzt werden soll:*

*Die Diskussionsgrundlagen sind dabei öffentlich zu machen. Der Öffentlichkeit ist Gelegenheit zu geben, ihre Meinung in die Diskussion einfließen zu lassen.*

Herr **Stadtrat Schreiber** zweifelt die praktische Umsetzung des Antrages von Herrn Kießling an. Die Frage sei, wie die Transparenz sichergestellt werden könne.

Das Anliegen von Herrn Kießling stelle sich als sehr wichtig dar, verdeutlicht Herr **Stadtrat Hoffsommer**.

Mit diesen Fachthemen bestehe für die Mitglieder des Ausschusses die Möglichkeit, sich vor Erstellung der Beschlussvorlagen mit der Verwaltung des Jugendamtes in einem offenen Dialog abzustimmen, konstatiert Herr **Stolte**. Diese gemeinsamen Überlegungen können dann in die Vorlage eingebracht werden. Aus diesem Grund stimme er der Veröffentlichung der Diskussionsgrundlagen nicht zu.

Herr **Stadtrat Kießling** plädiert dennoch für die Beteiligung der Öffentlichkeit an zielgerichteten Diskussionsgrundlagen.

Durch die Veröffentlichung der Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses habe jedermann die Möglichkeit, sich über die Ergebnisse zu informieren, stellt Herr **Stadtrat Schreiber** klar.

Nicht öffentliche Ausschüsse seien vorberatend für den öffentlichen Stadtrat tätig und das Gleiche gelte auch für die nicht öffentlichen Beratungen der Unterausschüsse für den öffentlichen Jugendhilfeausschuss. Deshalb verstehe Herr Stadtrat Schreiber den Vergleich von Herrn Kießling nicht.

*Herr **Stadtrat Hoffsommer** stellt den Ergänzungsantrag, dass Diskussionsthemen vorab öffentlich bekannt zu geben seien (z. B. Jugendinfoserver). Die Ergebnisse der Themenberatung werden im Jugendhilfeausschuss vorgestellt und diskutiert. Darüber ist vor der Diskussion im Jugendhilfeausschuss zu informieren.*

Nach kontroversen Diskussionen zur Beteiligung der Öffentlichkeit (Antrag Herr Stadtrat Kießling) bzw. zur Veröffentlichung der Protokolle aus den nicht öffentlichen Beratungen der Unterausschüsse schlägt Herr **Stadtrat Hoffsommer** vor, dass die Verwaltung die zentralen Informationen aus den Beratungen zusammenfasst und den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses zukommen lässt.

Des Weiteren solle darauf geachtet werden, dass nicht öffentlich und geheim ein Unterschied sei, merkt Herr Stadtrat Hoffsommer an.

Eingehend auf die Vorschläge von Herren Stadträten Kießling und Hoffsommer plädiert Herr **Lippmann** darauf, die Flexibilität im Interesse der Arbeit zu erhalten.

***Die Anträge von den Herren Stadträten Kießling und Hoffsommer werden mit 1 / 6 / 7 Stimmen abgelehnt.***

Es besteht kein weiterer Gesprächsbedarf. Herr **Stadtrat Hoffsommer** bringt die geänderte Vorlage auf Grundlage der Beschlussempfehlung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung zur Abstimmung.

Der Tagesordnungspunkt wird nach der Abstimmung geschlossen.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Jugendhilfeausschuss beauftragt den Unterausschuss Jugendhilfeplanung sich gemeinsam mit der Verwaltung des Jugendamtes mit den Fachthemen gemäß Anlage zu befassen und über die Ergebnisse dem Jugendhilfeausschuss in geeigneter Form zu berichten.

Der Jugendhilfeausschuss stimmt der Beschlussempfehlung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung mit geänderter Anlage zu.

Anlage zur Vorlage V0443/10

## Fachthemen 2010

### **Besondere Priorität haben:**

1. Strategie Jugendhilfeplanung
2. Förderung der Träger der freien Jugendhilfe
  - a) Auswertung des Förderinstruments Mehrjahresförderung
  - b) Förderverfahren und Kriterien für die Förderung 2011
3. Auswertung der Modellphase Streetwork (August 2010)
4. arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit im Spannungsfeld zwischen SGB VIII und SGB II (II. Quartal)

### **Weitere Themen sind:**

- Das neue Vormundschaftsgesetz (fachliche Auswirkungen)
- Die neuen Anforderungen an Erziehungsberatung im Kontext des präventiven Kinderschutzes
- Die Profilierung des Leistungsbereichs Familienbildung unter dem Gesichtspunkt „Lebenslanges Lernen“
- Qualitätsentwicklung im Hinblick auf Flexibilisierung von Hilfen
- Das aktive Jugendamt im familiengerichtlichen Verfahren“ – Neue gesetzliche Grundlagen und ihre Auswirkungen auf die Arbeit des Jugendamtes und die Jugendhilfe (FamFG, Vormundschaftsrecht)
- Der Aufbau standardisierter Kooperationsbeziehungen innerhalb des Netzwerks Kinderschutz
- „Wenn frühe Hilfen nicht greifen“ – Die Unterbringung von Klein(st)kindern (Konzepte Pflegeeltern und Inobhutnahme)
- Veränderte Auftragslage für die Jugendhilfe? (Das neue Kinderschutzgesetz des Freistaats/des Bundes in Vorbereitung)
- Förderung der Träger der freien Jugendhilfe: Kriterien für eine Mehrjahresförderung
- Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz: Strategievorlage (III. Quartal)
- ***Kooperation und Vernetzung Psychiatrie und Jugendhilfe***
- ***Modellprojekt Pro Kind***

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung mit Änderung

Ja 12

Nein 1

Enthaltung 1

**2 Fachthemen für den Unterausschuss Kindertagesbetreuung V0440/10  
im Jahr 2010 beschließend**

Herr **Engel** erläutert die Fachthemen für den Unterausschuss Kindertagesbetreuung.

Zur Vorlage gibt es keine Anmerkungen und Herr **Stadtrat Hoffsommer** stellt die Vorlage auf Basis der Beschlussempfehlung des Unterausschusses Kindertagesbetreuung zu Abstimmung.

Nach erfolgtem Votum wird der Tagesordnungspunkt geschlossen.

**Beschlussvorschlag:**

Der Jugendhilfeausschuss beauftragt den Unterausschuss Kindertageseinrichtungen, sich gemeinsam mit der Verwaltung des Eigenbetriebes Kindertageseinrichtungen mit den Fachthemen

- Qualitätssicherung und -entwicklung in Kindertageseinrichtungen und in Kindertagespflege
- Personalbedarf, -bestand und -entwicklung
- Schulentwicklung/Hortentwicklung
- aktuelle Angebotsentwicklung (Trends – Bildungshäuser – Trägerstrukturen – Investitionen)

zu befassen und über die Ergebnisse dem Jugendhilfeausschuss in geeigneter Form zu berichten.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung

Ja 12

Nein 1

Enthaltung 0

**3 Regelmäßige Anpassung des jugendhilflichen Förderetats an A0083/09  
unabweisbare Kostensteigerungen beratend**

Der Antrag wird von Herrn **Stadtrat Kießling** eingebracht und begründet. Abschließend weist er darauf hin, dass der Punkt 3 des Beschlussvorschlages zurückgezogen wurde.



Herr **Stadtrat Schreiber** begründet seine Ablehnung und vertrete die Meinung, dass mit der Beschlussfassung in das Haushaltsrecht des Stadtrates eingegriffen werde.

Weiteren Diskussionsbedarf gibt es nicht. Herr **Stadtrat Hoffsommer** bringt den geänderten Antrag auf Grundlage der Beschlussempfehlung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung zur Abstimmung.

Der Tagesordnungspunkt wird nach erfolgter Abstimmung geschlossen.

### **Beschlussvorschlag:**

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt,

1. jeweils im 4. Quartal jeden Jahres über die prognostizierte Entwicklung der unabweisbaren Kosten (Personalkosten, Grundstückskosten, Mindestausstattung an pädagogischen Sachkosten) bei den geförderten Einrichtungen und Diensten der freien Jugendhilfe zu berichten;

2. beginnend mit dem Jahr 2010 die Förderung der freien Jugendhilfe so zu gestalten, dass Kostensteigerungen im Bereich der unabweisbaren Kosten dem Gesamtförderbudget zusätzlich zur Verfügung gestellt werden und damit eine Realleistungskürzung vermieden wird;

~~3. sofern für das Jahr 2010 Kostensteigerungen im Sinne von Punkt 2 auftreten, dafür einen Deckungsvorschlag vorzulegen.~~

### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung mit Änderung

Ja 8

Nein 5

Enthaltung 1

## **4 Dresdens Jugendhilfelandschaft erhalten**

**A0139/10  
beschließend**

Frau **Vogel** stellt den Antrag der SPD-Fraktion vor und begründet diesen. Im Anschluss an ihre Erläuterungen verweist sie auf die Streichung von Punkt 2 des Beschlussvorschlages.

Von der Verwaltung möchte sie noch Informationen zur Umsetzung des im letzten Jugendhilfeausschuss gefassten Beschlusses der Fördervorlage, insbesondere zum Antrag an den Stadtrat zur Verfügungstellung fehlender Haushaltsmittel.

Durch die Rücknahme von Punkt 2 habe der Antrag keine Grundlage mehr, konstatiert Herr **Stadtrat Schreiber**.

Bezug nehmend auf die Bitte von Frau Vogel teilt Herr **Bürgermeister Seidel** mit, dass ein Antrag des Jugendhilfeausschusses an den Stadtrat eingebracht werde, denn auf Grund der Formulierung im Beschlusstext sei eine Vorlage von der Verwaltung nicht möglich.

Mit dem Beschluss habe der Jugendhilfeausschuss sein eigenes Antragsrecht wahrgenommen, aber nicht korrekt umgesetzt, fügt Herr **Stadtrat Kießling** hinzu. Man hätte einen konkreten Antragstext sowie eine Begründung beschließen müssen und das dann als Antrag einbringen. Vor Verteilung des Antrages an den Stadtrat bittet er um dessen Umlauf an alle Mitglieder des Jugendhilfeausschusses.

Herr **Stadtrat Schreiber** stellt klar, dass man einen Beschlusstext nicht einfach durch Verwendung eines neuen Antrages ändern könne. Der unkomplizierte Weg sei, dass die Oberbürgermeisterin als Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses die Bitte (Beantragung zur Verfügungstellung fehlender Haushaltsmittel) an die Fraktionen herantrage.

Frau **Dahl** stimmt dem von Herrn Kießling vorgeschlagenen Umlaufverfahren des Antrages zu und weist auf § 5 Abs. 2 Jugendamtssatzung hin.

Die Verwaltung solle das richtige Verfahren bis 23.04.2010 prüfen, bittet Herr **Stadtrat Hoffsommer**. Es bestehe auch die Möglichkeit, sich im Anschluss an die Sitzung noch einmal zusammen zu finden.

Herr **Stadtrat Röher** beantragt zur Klärung der Situation eine 5-minütige Auszeit.

Nach der Auszeit bringt Herr **Stadtrat Hoffsommer** einen Lösungsvorschlag und stellt den Antrag an den Stadtrat als stellvertretender Vorsitzender gem. § 5 Abs. 2 Jugendamtssatzung. Er werde gemeinsam mit der Verwaltung einen geeigneten Beschlusstext finden und sicherstellen, dass alle Mitglieder des Jugendhilfeausschusses den Antrag vorab zur Kenntnis bekommen.

Zum eigentlichen Tagesordnungspunkt merkt Herr **Lippmann** an, dass der Sinn des Punktes 1 im Beschlussvorschlag bereits Ende März 2010 zur Sondersitzung des Landesjugendhilfeausschusses umgesetzt worden sei.

Herr **Stadtrat Kießling** beantragt, das Wort weiterhin nach „...gegenüber dem Freistaat Sachsen...“ im Punkt 1 des Beschlussvorschlages einzufügen.

Weitere Anfragen/Diskussionsbeiträge werden nicht eingebracht. Herr **Stadtrat Hoffsommer** bringt den so geänderten Antrag auf Grundlage der Beschlussempfehlung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung zur Abstimmung.

Nach abgegebenem Votum wird der Tagesordnungspunkt geschlossen.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden möge beschließen:

Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert,

1. sich als Stadtoberhaupt sowie in den Gremien des Städte- und Gemeindetages gegenüber dem Freistaat Sachsen weiterhin für Rücknahme der am 5. 2. 2010 angekündigten Kürzungen im Jugendhilfebereich im Haushaltsvollzug 2010 einzusetzen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung mit Änderung

Ja 8

Nein 5

Enthaltung 0

**5 Aufgabenabgrenzung Unterausschüsse****A0140/10  
beschließend**

Herr **Stolte** erläutert und begründet den vom Unterausschuss Jugendhilfeplanung vorgeschlagenen Ersetzungsantrag zur Einrichtung eines Unterausschusses „Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe 2011“ ab 01.08.2010.

Für Frau **Hörenz** sei die praktische Umsetzung des zusätzlichen Unterausschusses von Interesse.

Es gelten für diesen Unterausschuss alle Regularien wie für jeden anderen Unterausschuss, konstatiert Herr **Stolte**.

Herr **Stadtrat Kießling** vertrete die Ansicht, dass der Vorschlag des Unterausschusses Jugendhilfeplanung einen durchaus schlechten Kompromiss darstelle. Wenn der Wunsch nach drei Unterausschüssen bestehe, müssen diese klar in den entsprechenden Gesetzmäßigkeiten und mit deutlichen Aufgaben verankert werden.

*Frau **Vogel** beantragt die Abstimmung des ursprünglichen Antrages.*

Herr **Stadtrat Schreiber** hält eine Gegenrede zum Geschäftsordnungsantrag von Frau Vogel, denn im Unterausschuss Jugendhilfeplanung habe man nach ausführlicher Diskussion einen Kompromiss gefunden.

Zu dem Antrag von Frau Vogel gibt Herr Stadtrat Schreiber den Hinweis, wenn der ursprüngliche Antrag abgelehnt werde, es dann nicht mehr möglich sei, die Beschlussempfehlung des Unterausschusses zur Abstimmung zu bringen. Es bestehe aber die Möglichkeit, erst die Beschlussempfehlung des Unterausschusses abzustimmen und dann bei eventueller Ablehnung den ursprünglichen Antrag.

*Herr **Stadtrat Kießling** ist über das Ergebnis des Unterausschusses Jugendhilfeplanung empört und beantragt die Rücküberweisung des Antrages in den Unterausschuss Jugendhilfeplanung, um an der Diskussion teilnehmen zu können.*

Hierzu hält Herr **Stadtrat Schreiber** eine klare Gegenrede.

**Der Antrag von Herrn Stadtrat Kießling wird mit 3 / 7 / 3 Stimmen abgelehnt.**

Es gibt keinen weiteren Gesprächsbedarf. Der Verfahrensweise von Herrn Stadtrat Schreiber wird gefolgt und Herr **Stadtrat Hoffsommer** stellt den Antrag auf Basis der Beschlussempfehlung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung zur Abstimmung.

Der Tagesordnungspunkt wird nach erfolgtem Votum geschlossen.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Einrichtung eines Unterausschusses „Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe 2011“ ab dem 01.08.2010. Dieser Unterausschuss befasst sich mit der finanziellen Förderung von Einrichtungen und Diensten, deren Leistungen auf Dauer angelegt sind; der eigenverantwortlichen Tätigkeit der Jugendverbände und Jugendgruppen; der Geschäftsstellentätigkeit; zeitlich begrenzten Maßnahmen und Projekten, die nicht an vom Jugendamt geförderte Einrichtungen und Dienste gekoppelt sind, in Bezug auf deren Höhe und innere Struktur.

### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung mit Änderung

Ja 6

Nein 4

Enthaltung 3

## **6 Berichte aus den Unterausschüssen**

Von Seiten der Vorsitzenden der Unterausschüsse gibt es keinen Informationsbedarf.

## **7 Informationen**

Herr **Bürgermeister Seidel** gibt bekannt, dass das Sanierungskonzept in Kürze in der Dienstberatung der Oberbürgermeisterin sein werde.

Des Weiteren teilt er mit, dass in den nächsten Tagen den freien Trägern eine Bedarfsanzeige (Formblatt) zur Abfrage der Förder-/Ausgabenkennzahlen für den Fördermittelbedarf 2011/2012 zum Thema Personalausgaben und Sachausgaben zugehe. Termin sei der 30.06.2010. Im Unterausschuss Förderung ab 01.08.2010 solle dann bereits darüber diskutiert werden, bemerkt Herr Bürgermeister Seidel. Dennoch bleibe die Frist für das normale Antragsverfahren zur Förderung 2011/2012 wie bisher bei dem 31.08.2010.

Mit dem von Herrn Bürgermeister Seidel benannten weiteren Formblatt werde nichts zur Entlastung der freien Träger beigetragen, kritisiert Herr **Stadtrat Hoffsommer**.

Die Intension sei grundsätzlich richtig, aber für die freien Träger sei es doppelter Aufwand, betont Frau **Hörenz**. Sie bittet um ein vereinfachtes Verfahren.

Frau **Dahl** macht darauf aufmerksam, dass von den freien Trägern, die Mehrjahresförderung beantragt haben, bereits eine Bedarfsanzeige vorliege. Diese freien Träger könne man vom Verfahren ausnehmen.

Eingehend auf die vorgenannten Ausführungen bringt Herr **Bürgermeister Seidel** zum Ausdruck, dass diese Verfahrensweise derzeit die einzige Möglichkeit für eine rechtlich unverbindlichen Bedarfsanzeige der freien Träger sei.

Da die Bedarfanzeigen laut der Verwaltung allen freien Trägern zugestellt worden, bittet Herr **Stadtrat Hoffsommer** die Verwaltung, den Vorschlag von Frau Dahl noch einmal zu prüfen.

Zum Sanierungskonzept hat Herr **Stadtrat Kießling** die Frage, ob das Jugendamt für den Bereich der freien Träger Investitionsmittel infolge der Diskussion zum Sanierungskonzept beantrage, so wie es das Liegenschaftsamt derzeit auch handhabe.

In der heutigen Sitzung können zum Anliegen von Herrn Stadtrat Kießling keine genauen Aussagen getroffen werden. Herr **Lippmann** lässt dies noch einmal prüfen.

Zur Stellenbesetzung im sozialen Jugendnotdienst möchte Herr **Engel** eine fachliche und sachliche Begründung bezüglich der Anmeldung von 6 Stellen Stadtteilsozialdienst durch den Geschäftsbereich Soziales für das Jahr 2013 (Schreiben vom 25.03.2010). Mit Schreiben vom 28.12.2009 wurde bereits ein Bedarf von 16 Stellen angezeigt – warum sei es erst für 2013 vorgesehen?

Des Weiteren habe er Fragen zum Belegungskonzept „Haus der Jugend“, Wiener Str. 41 (Mitteilung vom 29.03.2010). Geplant sei ein zentraler Verwaltungsstandort für Arbeitsbereiche des Gesundheitsamtes, unter anderem eine Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche und Familie in Kooperation mit dem Jugendamt. Dazu möchte er detaillierte Informationen.

Abschließend bittet Herr Engel um ausführliche Berichterstattung zur Umstrukturierung im kommunalen „Streetwork“ in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses.

Die Aussagen zum Belegungskonzept „Haus der Jugend“ seien vom Geschäftsbereich Finanzen und Liegenschaften zusammengestellt und ausreichend beantwortet worden, konstatiert Herr **Lippmann**.

In den kommenden Wochen finden einige Beratungen zur Problematik „Streetwork“ statt, teilt Herr **Bürgermeister Seidel** mit. Insgesamt haben sich 3 Gremien zu diesem Thema gebildet.

Für Frau **Vogel** sei von Interesse, auf welche Art und Weise die Evaluation erfolge.

Herr **Stadtrat Kießling** hinterfragt, ob die freien Träger, denen zusätzliche Stellen auf Grund der Umstrukturierung im „Streetwork“ übertragen werden sollen, auch nach der Kürzung ihre vorherige Personalkapazität aufrecht erhalten können.

Eingehend auf die Anfrage von Frau Vogel legt Herr **Bürgermeister Seidel** dar, dass die Evaluation in Anbetracht der noch offenen Finanzierung nicht stattgefunden habe.

Das Anliegen von Herrn Stadtrat Kießling kann heute nicht abschließend von Herrn **Lippmann** beantwortet werden.

Herr **Stadtrat Kießling** bittet um Darstellung der Personalkapazität der von ihm o. g. freien Träger nach der beendigten Verhandlung mit dem Jugendamt im Bereich „Streetwork“.

Welche Stelle wurde für die Evaluation ins Auge gefasst und in welcher Höhe belaufen sich die Kosten, fragt Frau **Vogel**.

**Wie bereits von Herrn Engel erbeten, findet angesichts des hohen Informationsbedarfes in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 20.05.2010 eine umfangreiche Berichterstattung zur Problematik „Streetwork“ statt, legt Herr Stadtrat Hoffsommer fest.**

Bezüglich der Ausführungen von Herrn Engel zum „Haus der Jugend“ bemerkt Herr **Lippmann**, dass es sich bei der Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche und Familie nicht um eine neue, sondern um Verlagerung einer vorhandenen Stelle handele.

Auf Grund finanzieller Rahmenbedingungen wurde eine Priorisierung durchgeführt und daher wurden die 6 Stellen im Bereich sozialer Jugendnotdienst erst im Jahr 2013 angemeldet, schildert Herr **Bürgermeister Seidel**.

Frau **Hörenz** möchte wissen, ob die freien Träger weiterhin einen Bescheid erhalten, wo die höhere Fördersumme ausgewiesen werde und dann ein Haushaltssperrvermerk über die Kürzungssumme erfolge. Im Ergebnis der Gespräche mit dem Jugendamt zu den Kürzungen äußerten die freien Träger ihre Bedenken/Verwirrung.

Dem schließt sich Herr **Stadtrat Hoffsommer** an und ergänzt, dass den freien Trägern gemäß Förderbeschluss die Entscheidung zur Umsetzung der möglichen Kürzungen überlassen werden sollte. Nunmehr seien sie sehr verärgert, denn aus den vor der Bescheidung geführten Verhandlungen mit dem Jugendamt gehe hervor, dass bei möglichen Kürzungen diese bereits festgelegt wurde.

Zur Kritik von Frau Hörenz und Herrn Stadtrat Hoffsommer Stellung nehmend stellt Herr **Lippmann** heraus, dass das Jugendamt lediglich um Vorschläge der freien Träger zur Umsetzung der Kürzungen gebeten habe. Die Verwaltung müsse dann im Bescheid die entsprechende Leistungseinschränkung darstellen, so fordert es das Bundesverwaltungsgericht. Dennoch stellt Herr Lippmann klar, dass sich eine Vielzahl der freien Träger kooperativ gezeigt sowie eine fachliche Diskussion zur Lösungsfindung geführt habe.

Frau **Dahl** fragt zur Höhe der Mehrkosten zum „Haus der Jugend“ (Wiener Straße 41) aufgrund der erhöhten Mieten und Umzüge und wünsche sich einen schriftlichen Verwaltungsvorschlag zur individuellen Lösungsumsetzung.

**Nach Abschluss aller Verhandlungen bittet Herr Stadtrat Kießling um eine vollständige Übersicht der vereinbarten und/oder beschiedenen Leistungskürzungen.**

Abschließend führt Herr **Lippmann** aus, dass trotz des erheblichen Zeitaufwandes den Trägern der Bescheid zeitnah zugestellt werden solle. Die Art der Leistungseinschränkung sei sehr schwer zu regeln. Sollten dennoch im Einzelfall Dissensen in den Verhandlungen mit

dem Jugendamt aufgetreten seien, so bietet Herr Lippmann das Gespräch mit dem einzelnen Träger an.

Wann war bekannt, dass im letzten Jahr 200.000 EUR Haushaltsausgabereste im Bereich der Verwaltung des Jugendamtes zu verzeichnen waren und warum erhielten die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses keine Kenntnis darüber, möchte Herr **Stadtrat Kießling** wissen.

Herr **Lippmann** erwidert diesbezüglich, dass ein Großteil der Mittel aus nicht rechtzeitig zurückgegebenen Bedarfen der Träger resultiere. Der genaue Zeitpunkt des Bekanntwerdens werde noch einmal recherchiert und schriftlich mitgeteilt.

Es gibt keine weiteren Anfragen. Herr **Stadtrat Hoffsommer** beendet den Tagesordnungspunkt.

## **9 Maßnahmen zur Haushaltsstabilisierung für die Jahre 2010 bis 2013 V0480/10 beratend**

Herr **Engel** erstattet Bericht zur intensiven und konstruktiven Beratung der Sondersitzung des Unterausschusses Kindertagesbetreuung vom 07.04.2010.

Für die Jahre 2011/2012 sei eine Kürzung von 4 Mio. EUR (von 14 Mio. EUR auf 10 Mio. EUR) im Bereich Investition zur Sanierung und Erweiterung von Kita-Gebäuden vorgesehen, teilt Herr Engel mit. Die 10 Mio. EUR sollen auch für die Jahre 2014/2015 fortgeschrieben werden. Weiterhin legt Herr Engel dar, dass alle Bauvorhaben, wo die Leistungsphase 7 noch nicht erreicht wurde, gestoppt wurden.

Herr Engel erläutert die Beschlussempfehlung des Unterausschusses Kindertagesbetreuung und stellt heraus, dass 6 Diskussionschwerpunkte zu Grunde lagen und sich die Zuständigkeit auf die Bereiche Kita und Schule (Hort) erstreckte.

Im Folgenden stellt Herr Engel die eventuellen Auswirkungen der Reduzierung dar. Zum Einen könne die Platzerweiterung in den Kitas Straßenbahnhof Bühlau und Passauer Straße (Stadtteil Plauen) nicht umgesetzt werden, aber die Verwaltung halte die Erweiterung für notwendig. Zum Anderen sei es möglich, dass sich die Kürzung auch auf die Landes- und Bundesmittel im Bereich Investition und Sanierung von Krippen- und Kindergartenplätzen auswirke. Des Weiteren komme es gegebenenfalls zum Erlöschen von Betriebserlaubnissen zur Betreibung von Kitas und damit zur Reduzierung von Kitaplätzen, konstatiert Herr Engel.

Außerdem trete eine Mehrbelastung durch steigende Baukosten in Höhe von ca. 6 Mio. EUR auf, die Deckung dieser Kosten stehe allerdings noch aus. Herr Engel macht deutlich, dass diese 6 Mio. EUR nicht mit den Investitionszuweisungen des nächsten Jahres verrechnet werden sollen.

Frau Wagner stellt im Unterausschuss Kindertagesbetreuung den Ersetzungsantrag der CDU vor, welcher auch mit folgender Änderung zur Abstimmung gebracht wurde, informiert Herr Engel abschließend.

Unter Punkt 3 des CDU-Antrages wurde ein dritter Anstrich hinzugefügt:

„Der veranschlagte Investitionszuschuss für den Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen muss sicherstellen, dass

1. der Rechtsanspruch auf Krippe-/Kindergartenplatz gewährleistet ist,
2. die Betriebserlaubnisse nicht gefährdet werden und
3. die Mehrkosten (Baukostensteigerungen) beglichen werden und nicht zu Lasten des Eigenbetriebes gehen.“

Herr **Stadtrat Schreiber** bittet darum, die Beschlussempfehlung des Betriebsausschusses für Städtische Krankenhäuser und Kindertageseinrichtungen vom 13.04.2010 als Verhandlungsgrundlage zu nehmen. Diese beinhalte auch den zusätzlich aufgenommenen Punkt des Unterausschusses Kindertagesbetreuung.

Er erläutert im Groben den von seiner Fraktion eingebrachten Ersetzungsantrag. Die Intension des Antrages liege darin, welche Kriterien/Schwerpunkte die Verwaltung bei der Aufstellung des Doppelhaushaltes 2011/2012 beachten solle.

Alles in Allem sei die Beschlussempfehlung des Unterausschusses Kindertagesbetreuung abstimmungsfähig.

Frau **Vogel** stellt einen Ergänzungsantrag. Der hinzugefügte dritte Anstrich des Punktes 3 aus dem Unterausschuss Kindertagesbetreuung soll um zwei Punkte ergänzt werden:

4. die maximale Nutzung der zur Verfügung stehenden Landes- und Bundesmittel ermöglicht wird.

**Diesem Punkt wird mit 7 / 5 / 2 Stimmen zugestimmt.**

5. die geplante Erweiterung des Angebots an Krippen- und Kindergartenplätzen an den Standorten Straßenbahnhof Bühlau und Passauer Straße verwirklicht wird.

**Dieser Punkt wird mit 2 / 6 / 6 Stimmen abgelehnt.**

Herr **Stadtrat Hoffsommer** kritisiert, dass keine Jugendhäuser, Sanierungsbedarfe von Jugendtreffs etc. in der Vorlage enthalten seien, da nach wie vor kein Sanierungskonzept vorliege.

Mit dem Ersetzungsantrag sollen keine Mittel gebunden werden, stellt Herr **Stadtrat Schreiber** nochmals dar.

Er betont, dass die 10 Mio. Euro Eigenmittel für den Kita-Bereich das Minimum darstelle.

Eingehend auf die Ergänzungen von Frau Vogel bringt Herr Stadtrat Schreiber zum Ausdruck, dass die Maßnahme Straßenbahnhof Bühlau bisher nicht im Haushalt veranlagt war.

Realistisch betrachtet reichen die 10 Mio. Euro Eigenmittel aus, konstatiert Herr **Bürgermeister Seidel**. Im Moment stehen jedoch die Fördermittel des Landes noch nicht fest und daher könne heut hierzu nicht abschließend debattiert werden.

Zu den Standorten Bühlau und Plauen sei zu sagen, dass für den Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen Jahrsbudgets festgelegt worden. Im Herbst gehe es dann in die Diskussion zur Investitionsplanung 2011. Wenn der Fachplan Kita beschlossen wurde, müssen Überlegungen zur Deckung von Platzdefiziten vorgenommen werden, erklärt Herr Bürgermeister Seidel.



Herr **Stadtrat Kießling** äußert, dass der Stadtrat die Errichtung der Kita Straßenbahnhof Bühlau in Verbindung mit dem Beschluss zur Schwimmhalle Bühlau beschlossen habe. Für ihn sei von Interesse, ob die Schwimmhalle Bühlau im Haushalt enthalten sei.

Frau **Vogel** vertrete die Meinung, dass man jetzt das Maximale ausschöpfen müsse, da sie davon ausgeht, dass die Landesmittel deutlich weniger werden. Ein Sanierungstau sei so oder so vorhanden.

Abschließend kritisiert sie, dass diese Vorlage unter Zeitdruck und mit fehlenden Informationen beschlossen werden solle.

Auf die Frage von Herrn Stadtrat Kießling eingehend übermittelt Herr **Stadtrat Hoffsommer**, dass die Schwimmhalle Bühlau in der Anlage 1, Seite 3 der Vorlage zu finden sei.

Des Weiteren äußert er seinen Standpunkt zum Antrag von Frau Vogel. Die Intension bei Punkt 4 könne er teilen und zu Punkt 5 des Antrages schlägt Herr Stadtrat Hoffsommer vor, die Standorte wegzulassen, um den Punkt gegebenenfalls zustimmungsfähiger zu machen.

Herr **Stadtrat Schreiber** warnt davor, konkrete Maßnahmen in den Antrag der CDU aufzunehmen. Er betont, dass der Antrag Prioritäten zu bestimmten Problembereichen beinhalte. Konkrete Maßnahmen (Bedarfe) seien im Bedarfsplan aufgeführt, welcher in Kürze im Jugendhilfeausschuss thematisiert werde.

Noch einmal bringt Herr **Bürgermeister Seidel** hervor, dass die Schwimmhalle Bühlau und die Kita Straßenbahnhof nur gemeinsam realisiert werden, der Zeitpunkt sei noch nicht bekannt.

Ergänzend zu den Aussagen von Herrn Stadtrat Schreiber fügt Herr Bürgermeister Seidel hinzu, dass die Umsetzung der Bedarfe im jährlichen Investitionsplan des Eigenbetriebes Kindertageseinrichtungen beschlossen werde.

*Herr **Stadtrat Hoffsommer** bringt den Vorschlag, auf Grundlage der Beschlussempfehlung des Betriebsausschusses für Städtische Krankenhäuser und Kindertageseinrichtungen vom 13.04.2010 abzustimmen.*

*Frau **Hörenz** beantragt punktweise Abstimmung.*

Weitere Anfragen/Diskussionsbeiträge werden nicht eingebracht. Herr Stadtrat Hoffsommer bringt die Beschlussempfehlung des Betriebsausschusses für Städtische Krankenhäuser und Kindertageseinrichtungen zur Abstimmung.

Nach erfolgtem Votum wird der Tagesordnungspunkt geschlossen.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Stadtrat, der Beschlussempfehlung des Betriebsausschusses für Städtische Krankenhäuser und Kindertageseinrichtungen aus der Sitzung vom 13. April 2010 mit Änderungen zu folgen:

Der Stadtrat beschließt:

1. Die in der Anlage 1 der Vorlage in ihrer finanziellen Veranschlagung geänderten Projekte werden für das Haushaltsjahr 2010 bzw. bis zum Beschluss des Doppelhaushaltes 2011/2012 zurückgestellt. Die Projektumsetzung wird vorläufig entsprechend der in der Anlage 1 mit Planansatz Neu bzw. Finanzplan Neu bezeichneten Positionen in den markierten Spalten vorgesehen.

**Abstimmung: 9 / 0 / 5 Zustimmung**

2. Die mit der zeitlichen Verschiebung der Projekte verbleibenden städtischen Eigenmittelbudgets einschließlich zugeordneter Rücklagen in den Jahren 2010 bis 2013 sowie die Eigenmittelbudgets für die Jahre 2014/2015 lt. Anlage 2 der Vorlage (Zeile: Budget Eigenmittel Neu) werden als vorläufige Planungsgrundlage bis zur Verabschiedung des Doppelhaushalts 2011/2012 bestätigt.

**Abstimmung: 10 / 0 / 4 Zustimmung**

3. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt im Vorfeld der Erstellung des Doppelhaushalts 2011/2012 bzw. des Finanzplanes 2011-2015 die Eigenmittelbudgets auf Grundlage der Mai-Steuerschätzung und der Verhandlungsergebnisse zum FAG 2011/2012 anzupassen. Im Rahmen der Budgets sind die Projektsortierungen fortzuschreiben. Eine entsprechende Projektliste ist mit dem Doppelhaushalt 2011/2012 bzw. mit dem Finanzplan 2011-2015 durch den Stadtrat zu bestätigen.

**Abstimmung: 12 / 0 / 2 Zustimmung**

Dabei sind die folgenden Maßgaben zu beachten:

- Die verschobenen Schulsanierungs-, -umbau- und -neubaumaßnahmen sind entsprechend der Sicherstellung des Rechtsanspruches Unterrichtsgewährleistung einschließlich eines angemessen Sportunterrichts zeitlich einzuordnen.

**Abstimmung: 8 / 0 / 6 Zustimmung**

- Weiterhin ist die Möglichkeit zu prüfen, mittels Energiecontracting vorgezogene energetische Schulsanierungen kostenneutral auf den Weg zu bringen.

**Abstimmung: 6 / 0 / 8 Zustimmung**

- Der veranschlagte Investitionszuschuss für den Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen muss sicherstellen, dass
  1. der Rechtsanspruch auf Krippen-/Kindergartenplatz gewährleistet ist,
  2. die Betriebserlaubnisse nicht gefährdet werden und
  3. die Mehrkosten (Baukostensteigerungen) beglichen werden und nicht zu Lasten des Eigenbetriebes gehen.
  - 4. die maximale Nutzung der zur Verfügung stehenden Landes- und Bundesmittel ermöglicht wird.**

(Abstimmung zum ergänzten 4. Anstrich: 7 / 5 / 2 Zustimmung)

**Abstimmung: 9 / 0 / 5 Zustimmung**

4. Die Oberbürgermeisterin wird ferner beauftragt, aufgrund der möglichen mittel- und langfristig schwierigen Fördermittelsituation Vorsorge derart zu treffen, dass alternative Finanzierungsmöglichkeiten für den Schulhausbau und die Schulsanierung erarbeitet werden.

**Abstimmung: 9 / 0 / 5 Zustimmung**

5. Die notwendigen Mittelumschichtungen sind vorzuschlagen, um die beschlossene Sanierung / den Neubau der Schwimmhalle am Freiburger Platz schnellstmöglich umzusetzen.

**Abstimmung: 6 / 0 / 8 Zustimmung**

6. Verkehrsbauprojekte sind dahingehend zu priorisieren, dass eine Kofinanzierung aller Fördermittel sichergestellt ist sowie dringend notwendige Instandhaltungsmaßnahmen für Straßen möglichst nicht vorschoben werden.
7. Kleinere Investitionen in Parkanlagen, Brunnen, Rad- und Gehwege sowie Spielplätze sind im bisher geplanten Umfang sicher zu stellen.
8. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, eine angemessene Eigenmittelreserve für den Fall der Verfügbarkeit außerplanmäßiger Fördermittel zu bilden.
9. Zur Erschließung weiterer Finanzierungsquellen für die o. g. Maßnahmen wird die Oberbürgermeisterin beauftragt:
- a) Alle in der Vorlage genannten Maßnahmen, die nicht auf unabweisbaren rechtlichen Verpflichtungen bzw. entsprechenden Stadtratsbeschlüssen beruhen, aufzuzeigen, alle mit diesen Maßnahmen verbundenen Leistungen vorerst einzustellen und die entsprechenden Maßnahmen gesonderten Stadtratsbeschlüssen zuzuführen.
  - b) Die Reduzierung der Sanierung des Ostflügels des Neuen Rathauses auf eine reine Brandschutzinstandsetzung zu prüfen.
  - c) Die Verwendung der ausgewiesenen Zuführungen an die Rücklage in Höhe von insgesamt 63 Mio. Euro zu prüfen.
  - d) Weitere Zuführungen zum Vermögenshaushalt durch Sparmaßnahmen im Verwaltungshaushalt zu prüfen.

**Abstimmung der: 6 / 0 / 8 Zustimmung**  
**Punkte 6 bis 9**

Eine Notwendigkeit für die Herstellung der Nichtöffentlichkeit bestehe nicht. Herr **Stadtrat Hoffsommer** schließt die Sitzung des Jugendhilfeausschusses um 21:40 Uhr.

Jens Hoffsommer  
Vorsitzender

Sindy Gebhardt  
Schriftführerin

André Schindler  
Stadtrat

Franz-Josef Fischer  
Stadtrat